

Bankensteuer könnte Kreditklemme verschärfen

BUDAPEST (owr/gtai) - Zwei führende Kreditrating-Agenturen drohen Ungarn nach dem ergebnislosen Abbruch der IWF-Verhandlungen mit einer schlechteren Bewertung seiner Staatsschulden. Die dazu eingeleiteten Verfahren ziehen sich aber mindestens bis Ende des Jahres hin. Standard & Poor's will überprüfen, ob die jüngsten Steueranhebungen negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben. Dabei handelt es sich um die endgültig beschlossene rekordhohe Bankensteuer. Beim Länderrisiko wurde Ungarns ungünstiges Rating Mitte dieses Jahres bestätigt.

Zu den Folgen der neuen Bankensteuer in Ungarn, deren Regelsatz bei 0,5% der - leicht modifizierten - Bilanzsumme liegt, haben Vertreter der Osteuropabank (EBWE) in London herausgestellt, sie sei „unverhältnismäßig hoch“ und es sei zu befürchten, dass die Tätigkeit der Banken in Ungarn insgesamt darunter leiden könne und die Erholung der Wirtschaft gebremst werde. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat nach Verabschiedung der Steuer durch das neu gewählte Parlament den Ausblick für die Bonitätsbewertung der ungarischen Staatsanleihen auf „negativ“ von bislang „stabil“ gesenkt. Die Rating-Agentur hat aber gleichzeitig ihr bestehendes langfristiges Ausfallrisiko von ungarischen Fremdwährungsanleihen bestätigt. Darin spiegeln sich allerdings die positiven Folgen der Konsolidierungsanstrengungen wieder, die noch von der vorangegangenen Expertenregierung in Budapest ergriffen worden waren.

Abgabe belastet Banken zehnmal stärker als in anderen Ländern

Die neue Fidesz-Regierung hat Mitte dieses Jahres ganz kurzfristig - ohne „Vorwarnung“ und Konsultationen - zur Einführung einer neuen Bankensteuer gegriffen, um das Budgetdefizit dieses Jahres bei annähernd 3,8% des Bruttoinlandsprodukts halten zu können. Diese Zielmarke war mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbart worden. Budapest wollte dazu kein klassisches Sparpaket schnüren, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Die EBWE befürchtet nun, dass genau dies aus der Bankensteuer folgen könnte, die beim Zehnfachen dessen liegt, was in Westeuropa an Belastung der Banken geplant ist. Dort waren die Banken in der Finanzkrise vom Staat massiv durch Steuermittel direkt unterstützt worden, was in Ungarn in keiner Weise der Fall war.

Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche rechnet für das kommende Jahr schon seit längerem nur mit einem Wirtschaftswachstum von 2,5%. Ungarns Budget-Sachverständigenrat geht für 2010 sogar mit einem leichten BIP-Rückgang in Ungarn (real minus 0,3%) aus. Betroffen von der neuen Bankensteuer sind in erster Linie die in Ungarn engagierten westeuropäischen Banken, die bei den Magyaren zum Teil keine Gewinne erzielen und trotzdem zur Steuer gemäß Bilanzsumme herangezogen werden. Die größte Bank in Ungarn, die inländische OTP, weist dagegen regelmäßig größere Gewinne aus. Sie kann die sich daraus ergebende Körperschaftsteuerlast mit der neuen Bankensteuer verrechnen, was für einen Teil der ausländischen Bank nicht zum Tragen kommt.

Die OTP-Bank konnte beim jüngsten Stresstest der europäischen Banken mit einer Kernkapitalquote von 16% das zweitbeste Ergebnis aller EU-Banken erzielen. Sie will auf dieser Basis weiter expandieren - in Ungarn selbst sowie in der Region insgesamt, wo sie in Bulgarien, Kroatien, Montenegro, Rumänien, Russland und Serbien sowie in der Slowakei und in der Ukraine engagiert ist. Die Bank ist also schon jetzt einer der Branchen-

führer in der Region und hat eine Geschäftsführung, die ganz eng mit Ungarns neuem Kabinett vernetzt ist.

In OTP sieht die neue nationalkonservative Regierung eines der Vorzeigeunternehmen der Magyaren. Weitere Akquisitionen seien unter anderem in Kroatien, Rumänien, Serbien und in der Slowakei ins Auge gefasst, so die Ankündigung der Geschäftsführung. Neben der OTP wird die staatliche Förderbank MFB künftige eine besondere Rolle einnehmen. Über diese beiden Institute dürfte eine Art zentraler Steuerung öffentlicher Investitionen eingeleitet werden. Die MFB hat schon die Kontrolle über mehrere Staatsunternehmen - wie das Fernstraßenbauamt und die Touristikzentrale - sowie auch über die Investitions- und Außenhandelsförderstelle ITDH übernommen.

Sparkurs hat zu Kollaps der Binnennachfrage geführt

Die Rating-Agentur Moody's will in den nächsten Monaten beobachten, ob die neue Regierung auch nach Suspendierung der Gespräche mit dem IWF auf einem Weg der Budgetkonsolidierung und der Schuldenbegrenzung bleibt. Die vorangegangene „halbsozialistische“ Übergangsregierung von Ministerpräsident Gordon Bajnai war für ihren Sparkurs mehrfach gelobt worden. Dieser hatte allerdings zu einem Kollaps der Binnennachfrage geführt und gleichzeitig die von ausländischen Investoren dominierte Wirtschaft weitgehend „verschont“. Das galt vor allem für die Exportwirtschaft, deren Erlöse zu gut 60% von Unternehmen mit Auslandsbeteiligungen erwirtschaftet werden.

Entscheidend wird - neben dem Budgetdefizit - sein, ob die öffentliche Verschuldung unter der 80%-Marke gehalten und dann, gemessen am BIP, auf 60% abgebaut werden kann. Bei diesem Maastricht-Kriterium nimmt Ungarn in Mitteleuropa (MOE) mit 78% im vergangenen Jahr eindeutig den „Spitzenplatz“ ein. Die Quote ist in der Slowakei und in Tschechien nur rund halb so hoch.